



INFOMAIL

Berliner Politik aus Sicht Ihres Wahlkreisabgeordneten in Karlsruhe-Land

Freitag, 15. November 2019

Band 13, Ausgabe 16

Themen

- **Wirtschaft**
- **Rente**
- **Finanzen**
- **Klima**

«Ein Recht, das man nicht verteidigt, ist ein Recht, das man verliert.»

(Die nicaraguanische Anwältin und Menschenrechtlerin Vilma Nuñez de Escorcia (80) am Donnerstag in Bremen. Sie wird in diesem Jahr mit dem Friedenspreis der Bremer Stiftung «Die Schwelle» ausgezeichnet.)

In dieser Ausgabe:

Ausschuss beschließt Haushalt 2020	2
Rückführung des Solidaritätszuschlags	2
Mobilität sichern	3
Abstandsregeln für Windräder überfällig	3
Masernschutzgesetz verabschiedet	3
Klimapaket beschlossen	4

Koalitionsausschuss beschließt Grundrente

Durch die Einigung im Koalitionsausschuss bei der Grundrente zeigen GroKo und Bundesregierung, dass sie noch handlungsfähig sind.

Wer 35 Jahre gearbeitet und in die Rentenkasse eingezahlt, Kinder erzogen oder Angehörige gepflegt hat, wird durch die Grundrente immer besser dastehen, als Menschen, die dies nicht getan haben. Damit stärken wir die Akzeptanz der Rentenversicherung.

Durch die Grundrente werden Menschen in Ost und West unterstützt, die im Niedriglohnbereich tätig waren und trotz großer Anstrengungen sonst im Alter von Altersarmut bedroht wären. Die Mehrzahl der Anspruchsberechtigten werden Frauen sein, denn insbesondere in der Vergangenheit waren die durchschnittlichen Löhne von Frauen oft geringer als die von Männern. Außerdem tragen Frauen auch heute noch die Hauptlast bei Kindererziehung und Pflege.

Aber auch Menschen im Osten Deutschlands,

die in den Jahren nach der Wende von den gewaltigen Umwälzungen betroffen waren und für sehr geringe Löhne arbeiten mussten, werden von der Grundrente profitieren.

Durch die Einkommensprüfung stellen wir sicher, dass nur Menschen Grundrente erhalten, die sie benötigen. Dies war ein Kernanliegen der Union. Dabei wollen wir bewusst angespartes kleines Vermögen schützen. Denn Menschen sollen neben der Rentenversicherung für ihr Alter vorsorgen und nicht befürchten müssen, dass ihnen dies später zum Nachteil ausgelegt wird. Menschen mit großem Vermögen erhalten im Regelfall daraus auch Einkünfte, die die Grundrente ausschließen.

Die Kosten der Grundrente werden aus Steuermitteln finanziert und nicht die Beitragszahler belasten. Durch einen Freibetrag beim Wohngeld stellen wir sicher, dass die Grundrente zu einer echten Erhöhung des Einkommens führt.

Zusätzlich zur Grundrente hat die Union erreicht, die Anreize für die Verbreitung der zusätzlichen arbeitgeberfinanzierten betrieblichen Altersvorsorge für Geringverdiener weiter zu erhöhen. Der Förderbetrag wird auf 288 Euro verdoppelt. Damit gewinnt die betriebliche Altersversorgung vor allem für Geringverdiener deutlich an Attraktivität, da sie eine vom Arbeitgeber finanzierte betriebliche Altersvorsorge erhalten können.

Je weiter die betriebliche Altersvorsorge verbreitet ist, desto weniger Menschen werden eine Grundrente benötigen. Damit wird auch die Zahl der Grundrentenbezieher perspektivisch zurückgehen.

Außerdem werden wir die Krankenversicherungsbeiträge auf betriebliche Altersvorsorge neu regeln und die bisherige Freigrenze von 155,75 € in einen dynamischen Freibetrag umwandeln. Dadurch werden Bezieher einer betrieblichen Altersversorgung massiv entlastet und die Beitragsbelastung für die Bezieher von Betriebsrenten erheblich gesenkt.



Ausschuss beschließt Haushalt 2020

Am Donnerstag und Freitag früh haben wir im Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages den Bundeshaushalt 2020 beraten und verabschiedet.

Dabei haben wir wichtige Maßnahmen zur Stärkung der Innovationskraft unserer Unternehmen im Etat des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie beschlossen.

Innovationen sind der Schlüssel zum wirtschaftlichen Erfolg und helfen uns dabei, unsere Spitzenposition im internationalen Wettbewerb zu halten und weiter auszubauen. Eines unserer Erfolgsprogramme um Innovationen weiter voranzutreiben ist das Förderprogramm ‚Existenz-



gründungen aus der Wissenschaft‘ (EXIST). Um die Gründerkultur zu stärken und um unsere Konkurrenzfähigkeit als Standort für Start-ups zu steigern, haben wir in diesen Haushaltsberatungen EXIST weiter gestärkt und stellen über 23 Millionen Euro zusätzlich bereit, so dass EXIST nun mit gut 155 Millionen Euro ausgestattet ist.

Darüber hinaus stellen wir weitere 11 Millionen Euro für das Nationale Weltraumprogramm bereit, welches wir somit auf über 308 Millionen Euro steigern. Schon in den vergangenen Jahren hat sich um das Thema Weltraum ein riesiger Markt entwickelt, an dem wir partizipieren wollen. Raumfahrtanwendungen sind sowohl für die Industrie als auch für

die Menschen von zentraler Bedeutung.

Auch in der Kulturpolitik haben wir die Mittel für die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien um über 100 Millionen Euro auf ein neues Rekordniveau von knapp 2 Milliarden Euro gesteigert. Kulturförderung leistet einen maßgeblichen Beitrag zum Zusammenhalt unserer Gesellschaft und strahlt zudem weit in ländliche Räume hinein, ein wichtiger Baustein unserer politischen Arbeit. Besonders freue ich mich auch über die Fortsetzung des erfolgreichen Denkmalschutzsonderprogramms auf hohem Niveau mit allein 30 Millionen Euro, welches seit Jahren hervorragend aufgenommen wird. Auch 2020 können wir somit wieder zahlreiche Denkmalsanierungen dezentral im ganzen Land ermöglichen.

Rückführung des Solidaritätszuschlages

Der Deutsche Bundestag hat am Donnerstag das Gesetz zur Rückführung des Solidaritätszuschlages 1995 beschlossen. Damit werden wir für über 90 Prozent der Steuerzahler den Soli komplett abschaffen und für viele andere deutlich reduzieren. Damit entlasten wir Millionen von Steuerzahler in Deutschland. Sie alle werden ab dem Jahr 2021 deutlich mehr Geld in der Tasche haben! Zusammenveranlagte fast 2000 Euro, Einzelpersonen bis über 960 Euro im Jahr!



Dies ist jedoch nur der erste Schritt auf dem Weg zum Abbau des gesamten Solidaritätszuschlages und damit der Beginn eines Prozesses, um das Steuersystem von dem Fremdkörper einer Ergänzungsabgabe zu befreien! Unionsfraktion geht es hierbei um nicht weniger als die Wiederherstellung der Glaubwürdigkeit im Steuerrecht!

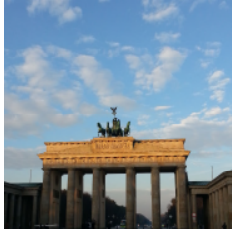
Wir in der Union halten weiter an dem Ziel fest, den Soli für alle Steuerzahler schnellstmöglich abzuschaffen. Das wurde bei der

Einführung des Soli versprochen und ist für uns eine Frage der Verlässlichkeit. Deshalb haben wir schon heute bei der Verabschiedung des Gesetzes als Signal einen Abbaupfad gefordert! Dabei soll sich der Steuersatz des Soli ab 2022 jährlich um 1,1 Prozent reduzieren, bis zum endgültigen Wegfall im Jahre 2026!

Wir sind stolz, dass dieser erste Entlastungsschritt, der sich im Jahr 2024 bereits auf über 12 Milliarden Euro belaufen wird, nun umgesetzt wird, und werden weiter für eine schnelle Komplettabschaffung des Soli kämpfen!

Mobilität sichern

Mit dem Antrag „Nachhaltige Mobilitätsforschung für die Zukunft: innovativ, technologieoffen, ressortübergreifend“ haben wir die Bundesregierung aufgefordert, eine Gesamtstrategie Mobilitätsforschung zu entwickeln.



Moderne Mobilität soll die Grenzen einzelner Verkehrsmittel überwinden, weg- und zeitoptimal sein, in

Stadt und Land gut funktionieren und das Klima und die Menschen möglichst entlasten. Eine ressortübergreifende Strategie Mobilitätsforschung muss all das berücksichtigen.

Die Freiheit der Bürger bei der Auswahl ihrer Verkehrsmittel und die Offenheit für verschiedene Antriebssysteme ist dabei elementar. Eine einseitige Fixierung auf eine bestimmte Technologie, wie die E-Mobilität, wäre wenig effizient.

Deutschlands Forschung bietet starke Alternativen wie hybride Antriebe mit Wasser- und Brennstoffzellen. Es kommt auf einen ausgewogenen Mix alternativer Antriebe an, bei dem auch der Verbrennungsmotor mit synthetischen Kraftstoffen einbezogen wird.

Leistungsfähige Mobilitätskonzepte die vor Ort die Bedürfnisse der Menschen erfüllen – ob in der Stadt oder im ländlichen Raum müssen großflächig getestet werden.

Abstandsregeln für Windräder überfällig

Die aktuelle Diskussion um Abstandsregeln für Windräder zeigt deutlich die unterschiedlichen Interessen innerhalb der Großen Koalition:

Fakt ist, dass der Ausbau der Windenergie schon heute ohne eine bundeseinheitliche Regelung massiv eingebrochen ist. Bereits heute gibt es kaum mehr Akzeptanz für Windräder. Fast kein Windrad wird ohne Klagen gebaut. Das zeigt deutlich den Handlungsbedarf an dieser Stelle.

Es ist daher richtig, jetzt einen bundeseinheitlichen Rahmen bei den Abstandsregelungen gesetzlich einzuführen. Die Union sieht darin einen wichtigen Baustein – neben anderen Instrumenten, wie örtliche Wertschöpfung und stärkere Einbindung der Kommunen – zur Befriedung sowie Steigerung der Akzeptanz des Windkraftausbaus.



Die Energiewende ist nur dann erfolgreich, wenn die Bürger dabei sind. Neben der Akzeptanz gilt es jedoch auch, mehr Rechtssicherheit zu schaffen und Planungsvorhaben zu beschleunigen, zum Beispiel durch die einheitliche Anwendung des Natur- und Artenschutzrechtes oder der Straffung von Genehmigungsverfahren.

Masernschutzgesetz verabschiedet

Mit dem Masernschutzgesetz wurden diese Woche Maßnahmen zur Bekämpfung der Masern beschlossen, die den Schutz der Bevölkerung vor Masern weiterhin bestmöglich gewährleisten sollen.

Dabei ist ein maßgebliches Instrument die Nachweispflicht eines ausreichenden Impfschutzes oder



einer Immunität für Personen, die in Einrichtungen mit viel Kontakt zu anderen Menschen betreut werden oder arbeiten. Kommt eine solche Person der Verpflichtung des Nachweises trotz Aufforderung nicht nach, kann das Gesundheitsamt Tätigkeitsverbot in diesen Bereichen erlassen.

Darüber hinaus werden mit dem Gesetz weitere Instrumente eingeführt, um die Impfquoten zu erhöhen:

So sollen zukünftig Ärzte sämtlicher Facharztgruppen Schutzimpfungen durchführen können. Zudem erhält die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung die gesetzliche Aufgabe, regelmäßig und umfassend über das Thema „Impfen“ zu informieren.

AXEL E. FISCHER
MITGLIED DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: 030-227-73790
Fax: 030-227-76677
E-Mail: axel.fischer@bundestag.de

«Ich setze mich für eine deutsche Leitkultur ein, ich finde härtere Abschiebungen richtig. Und ich finde die Legalisierung von Cannabis richtig.»

(Der SU-Bundesvorsitzende Finn Wandhoff am Montag in einer Pressemitteilung)

Klimapaket beschlossen

Keine zwei Monate nach der Einigung über die Eckpunkte zum Klimaschutz in Deutschland haben wir im Deutschen Bundestages wesentliche und weitreichende Schritte für die Erreichung unserer Klimaziele beschlossen. Das Paket ist gut und ausgewogen:

Wir setzen Anreize für die Bürger, Bahnfahren wird billiger, das klimaschädliche CO2 wird ab 2021 langsam und sozial verträglich teurer bei gleichzeitiger Entlastung der Fernpendler. Zur Mitte des nächsten Jahrzehnts führen wir dann ein marktwirtschaftliches System ein, mit dem CO2-Zertifikate gehandelt werden.

Damit machen wir einen wichtigen Schritt zur Erreichung der Klimaschutzziele, zu deren Einhaltung sich Deutschland auf der Pariser Klimakonferenz 2015 in Paris verpflichtet hat. Die Klimapolitik insgesamt auf eine solide und verbindliche Grundlage gestellt.

Mit der Verabschiedung der Klimaschutzgesetze schaffen wir eine solide Basis zur Erreichung unserer Klimaziele. Zunächst setzen wir durch Maßnahmen und Förderprogramme gezielte Anreize zur

Reduktion von CO2. In einem zweiten Schritt verteuern wir CO2 durch einen nationalen Zertifikatehandel für fossile Kraft- und Brennstoffe. Entscheidend ist dabei nicht der Anfangspreis des Zertifikate-



handels, sondern die Preisentwicklung und das was am Ende steht. Durch einen sanften Einstieg geben wir den Bürgerinnen, Bürgern und Unternehmen die Möglichkeit, sich auf die neue Situation einzustellen und eine bewusste Kauf- und Investitionsentscheidung für klimafreundlichere Technologien zu treffen.

Eines ist klar: Wir wollen unsere Klimaziele erreichen, aber mit den Menschen und ohne gelbe Westen. Deshalb müssen wir bei in unsere Entscheidungen die Auswirkungen auf die Menschen und die Arbeitsplätze mit einbeziehen. Denn Klimaschutz darf nicht zu einer sozialen Frage werden, vielmehr müssen wir durch Klimaschutz die Konjunktur ankurbeln und Wohlstand sichern. Dabei gilt es, einerseits die ländlichen Räume nicht abzuhängen und andererseits die Menschen in unserem Land

nicht einseitig zu belasten. Wir werden umgekehrt die Menschen überall dort entlasten, wo CO2 eingespart wird und ihnen Anreize geben, z.B. indem Bürger Steuern sparen, wenn sie ihr Haus oder ihre Wohnung klimafreundlich sanieren oder indem wir das Bahnfahren billiger machen.

Für Unternehmen, die einer besonderen Wettbewerbssituation ausgesetzt sind, werden spezielle Entlastungsregeln erarbeitet, um Standortverlagerungen und damit Arbeitsplatzverluste zu verhindern. Wir konnten erfolgreich durchsetzen, dass der Deutsche Bundestag auch in Zukunft daran beteiligt ist, diese Regeln festzulegen. Gleichzeitig fördern wir Innovationen, indem für biogene Brennstoffemissionen keine Zertifikate erworben werden müssen. Es ist z.B. sehr innovativ, aus Speisefetten biogene Kraftstoffe herzustellen und damit CO2 einzusparen. Auch synthetische Kraftstoffe sind zunächst für zwei Jahre vom Emissionshandel ausgenommen.

Unser Ziel ist es, einen Weg zu entwickeln, damit synthetische Kraftstoffe, die mittels erneuerbarer Energien hergestellt werden, keine Zertifikate erwerben müssen. Wir sitzen nicht einseitig auf Elektromobilität, sondern fördern technologieoffen alle alternative Antriebe.